

Das Schweigen nach den Attacken

Im Jahr 2024 ist die Zahl der **Übergriffe auf Medienschaffende** stark angestiegen. Eine Reaktion aus der Mitte der Gesellschaft blieb weitgehend aus. Ein Kommentar.

Die Nachricht ist in der derzeitigen Aufgewühltheit angesichts weltweiter Krisen und Katastrophen etwas untergegangen: Die Zahl der tätlichen Übergriffe auf Journalistinnen und Journalisten in Deutschland hat im Jahr 2024 einen neuen „Rekordwert“ erreicht. Auch wenn das Wort „Rekord“ in diesem Zusammenhang makaber klingt: Alarmierend ist der Inhalt der Nachricht. Nach 69 Fällen im Jahr 2023 wurden für das Jahr 2024 insgesamt 98 Fälle von physischen Angriffen auf Journalistinnen und Journalisten in Deutschland gezählt. So besagt es die Langzeitstudie „Feindbild Journalist:in“ des Europäischen Zentrums für Presse- und Medienfreiheit (ECPMF) in Leipzig, die im Frühjahr veröffentlicht wurde.

Demnach gibt es hohe Zahlen extrem rechter Gewalt gegen Journalistinnen und Journalisten. Außerdem kam es im Jahr 2024 insbesondere vor dem Hintergrund des israelisch-palästinensischen Konflikts bei pro-palästinensischen Demonstrationen zu einer großen Zahl tätlicher Angriffe auf Medienschaffende. Ein Beispiel, das in Berlin etwas bekannter wurde: Seit einiger Zeit erhält der taz-Journalist Nicholas Potter wegen seiner Berichterstattung über den Nahost-Konflikt Morddrohungen.

Hundekot und „Neun Millimeter“ Aber das Problem zeigt sich nicht nur in der deutschen Hauptstadt, sondern vielerorts, auch in der Provinz, sei es auf Pegida-Demonstrationen oder auf „Querdenker“-Märschen gegen die Corona-Politik. Menschen, die ihren Unmut auf die Straßen tragen, was ja ihr verbrieftes demokratisches Recht ist, richten sich dabei leider immer öfter auch gegen diejenigen, deren Beruf es ist, darüber zu berichten. Pöbelnd, mit Beschimpfungen, auch mit Gewalt. Grit Baldauf, Regionalleiterin der *Freien Presse* für Mittelsachsen und Mitglied im Projektteam Lokaljournalisten der Bundeszentrale für politische Bildung, etwa sagte dem MDR: „Wir haben eine Kollegin, bei der stand mit Kreide ‚Neun Millimeter‘ an der Haustür.“ Es seien auch rohe Eier und Hundekot an die Wand geschmiert worden. Die *drehscheibe* hat mehrfach über Angriffe auf Lokaljournalisten berichtet (siehe etwa Ausgaben 02/2024 und 01/2024).



Schmierereien am Gebäude des Göttinger Tageblatts im November 2023

Stichwort „Lügenpresse“ All diese Übergriffe und Attacken spielen sich in einem gesellschaftlichen Klima ab, in dem Zeitungsredaktionen, Journalistinnen und Journalisten pauschal als „Lügenpresse“ oder „Systempresse“ denunziert werden, immer wieder von AfD-Politikern, aber auch von anderen extrem rechten und extrem linken Gruppierungen.

Genau diese Stimmung zu bekämpfen, ist das höchste Gebot der Stunde. Straftäter müssen verfolgt und belangt werden, und das geschieht auch. Aber ein gesellschaftliches Klima, in dem Hass auf Lokaljournalisten oder Lokalpolitiker geschürt wird, darf ebenfalls nicht länger achselzuckend hingenommen werden. Das Deprimierende derzeit ist: Es kommt kaum mehr zu einem Aufschrei. Die

„Tagesschau“-Meldung über die Angriffe wird noch registriert, das war's. Diese schleichende Hinnahme des Hasses auf Medienschaffende und ehrenamtliche Politiker ist Gift für unsere Demokratie. Es braucht klare Konsequenzen. Und zwar jetzt.

Die Verunglimpfung der „Journaille“ hat in Deutschland eine lange Tradition, ihren Höhepunkt erlebte sie im Nationalsozialismus. Diese Tradition muss jetzt beendet werden. Kritik am Journalismus ist erlaubt. Aber Personen, die Medienschaffende diffamieren oder gar attackieren, müssen in ihre Schranken gewiesen werden. Denn die Pressefreiheit ist unser aller Gut. Wir müssen sie jetzt verteidigen.

KOMMENTAR: STEFAN WIRNER

LINKS ↙

Über Angriffe aufs Lokale haben wir 2024 berichtet: t1p.de/angriffe-lokal

Die Lokaljournalistin Beate Luber wurde am Rande einer „Querdenker“-Demonstration angepöbelt. Wir haben sie interviewt: t1p.de/angriff-corona